

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
16 (1902)**

36 (12.2.1902)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-309238](#)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werkstätigen Volkes. Nebst der illustrierten Sonnagsbeilage „Die Neue Welt“.

Das „Norddeutsche Volksblatt“ erscheint täglich mit Kaufnahme der Zeitung nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis pro Monat inkl. Versandkosten 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; durch die Post bezogen (Postleitzahl Nr. 5506), vierteljährlich 225 Pf.; für 2 Monate 1,50 M., monatlich 75 Pf., inkl. Briefporto.

Redaktion und Expedition:
Bant, Neue Wilhelmshavener Straße 82.
Telephon-Anschluß Nr. 54.

Zinser werden die fünfgepaltenen Corpssäule oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. — Zinser für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr Vormittags in der Redaktion oder in Bubdenbergs Buchhandlung (Seite Dreieinhalb und Mittlerdruck) aufgegeben sein. Große Zinser werden früher erbeten.

Nr. 36.

Bant, Mittwoch den 12. Februar 1902.

16. Jahrgang.

Konservative Ministerfürzer.

Während die Konservativen sich seit als die neuesten Hüter der Kronrechte ausspielen, zu deren wichtigsten die Entlassung und Ernennung von Ministerien gehört, haben sie in Sachsen, wo sie almächtig sind, soeben ein Ministerium los geschafft und mutter gelassen, wie eine solche Aktion nur in einer demokratischen Republik ausgetragen werden kann; das angestammte Königreich wurde nicht im mindesten zur Beihilfe bemüht. Die Konservativen begingen das Gesicht ganz allein.

Das sächsische Ministerium hat demissioniert. Was ist geschehen? Hat der Ausfall der Oberbürgermeister dem Ministerium die plötzliche Einstellung verschafft, doch er wider den Willen der Mehrheit des sächsischen Volkes die Staatsgeschäfte führt? Fehlte ihm die Stütze der aus dem Landtag „befreiteten“ sozialdemokratischen Fraktion? Fällt es in Folge eines peripheren Kreuzzugs der — Hofstaatspartei? Oder weist es sich in der von ihm mitverantworteten Finanznot des Staatskamms auf und keinen Ausweg mehr?

Diese und noch andere Fragen beschäftigen seit einigen Tagen die politisch reges Staatsbürgertum Sachens, ohne daß auf eine einzelne dieser Fragen eine entschiedene, tiefdrückende Antwort gegeben werden konnte. In einer Zwischenmühle hat sich das Ministerium selbst seiner Instanzierung befreit, das steht für Reiner der sächsischen Verhältnisse fest. Emporengewohner der Aekermannschen Hofstaatspartei, die im Familienerbe von Dr. Wehner z. weitergeführt wird, mußte dieses seiner Partei dientergebene Ministerium auch an der Politik dieser Partei schließen. Es ist doch selbstverständlich, daß die Wähler jener Partei endlich einmal selbst an der Stelle stehen wollen, an die sie aus dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Hintertreppepolitik Barmhalter der ersehnten Ministerkette spiedeln lassen. Und nun ist der ersehnte Augenblick da! Blay da — die Entrepreneure des Dreikönig-Wahlsystems geboren an die Stelle, die ihre getrennen Willensschichten bisher einnahmen! Oder glaubt man wirklich, daß die zwar verfassungswidrige, aber nicht allzu aufregenden Ueberreicherungen beim Bau der Chemnitzbahn das Gesamtministerium zur Demission gezwungen haben? Es wäre läudlich, die im Dreikönig-Landtag aufgestellte Entlastungsfrage über dieses Verhältnis als die Urache des Sturzes des Ministeriums gelten zu lassen. Dieser Sturz ist nur das Ergebnis der Ruhbolgerie unter den herrschenden Klassen um die Angabe der Regierung.

Noch steht nicht fest, wer purzelt. Seit Jahren wählt die Hofstaatspartei, um den Finanzminister auszuwählen, dessen Blay der Kammerpräsident Wehner glaubt, besser ausfüllen zu können. Und die Solidaritätsklärung des Gesamtministeriums ändert nicht an der Thatlage, daß die Hofstaatspartei im Ministerium selbst Unterstützung für ihre Pläne findet. Es ist also eine Rekonstruktion des Ministeriums ohne den Finanzminister nicht ausgegeschlossen.

Am Donnerstag Abend hatte der mit dem König in Leipzig weilende Kultusminister noch keine Ahnung von der bevorstehenden Katastrophe und beide sollen nicht wenig erkannt gewesen sein über die Entwicklung des Konflikts.

Doch auch Nationalliberalen am Sturz des Ministeriums mitwirken, ist nicht verwunderlich; bei Staatsintrigen find sie immer bereitwillige Helfer gewesen und hoffen, es werde sie bei einer Rendierung etwas abschaffen. Gehen sie aber leer aus, dann genügt es ihnen, mitgenannt zu werden.

Die Finanzwirtschaft v. Woydorski kann der Anklage zu seinem und des Gesamtministeriums Sturz nicht sein, denn diese Wirtschaft ist nur im Auftrage der länderlich wirtschaftenden herrschenden konservativen Kammermechtheit geführt worden. Es magte denn das Ministerium selbst die Gelegenheit ergreifen haben, das nun schwankende Finanzcaß zu verlassen. Dazu ist es aber mit der konservativen Partei zu sehr eines Sinnes gewesen.

An eine Rendierung des Systems ist nicht zu denken, wie auch dieser Sturm in Glase Wasser enden mag.

Politische Kundschau.

Deutsches Reich.

Im Reichstage wurden am Montag zunächst einige kleine Vorlagen erledigt; das Gesetz betrifft die Kontrolle des Reichshaushalts und der Entwurf zum Schutz des Generals Neutralitätszeichens. Dieser wurde vom Staatssekretär Graf Posadowsky mit dem Hinweis begründet, daß das rote Kreuz vielleicht zu geschäftlichen Zwecken gemischt wurde. Der Entwurf ging schließlich an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Das Haus setzte darauf die zweite Sitzung des Justizkaisers fort. Der freiliniige Abgeordnete Schröder begründete seinen bekannten Dualantrag, der für die Dualländer statt der Festungsstaaten die Generalitätsrechte seien will. Herr Schröder erwähnte auch die Rede des Staatsministers von Geyr zum Landesausschuß nicht.

Der Zentrumsabgeordnete Roemer forderte die Entschädigung unwillig verhafteter Kämpfer, der Konkurrenz der Entschädigung unwillig verhafteter Kämpfer und der freikirchige Amsterdamer Bergmann sprach sich entschieden gegen eine Verschärfung der Strafen für Beleidigungen aus. Es wußte die Bedenken, die Genossen Heine in der Sonnabendrede zum Ausdruck gebracht hatten. Im späteren Stunde kam Genosse Stadtgarten zum Wort. Er griff auf die Ausführungen des Dr. Ecke über die Zunahme der jugendlichen Verbrecher zurück und machte die Gewerbeschule von Kindern schon ihm frühen Alter und vor Allem die schlechten Schulverhältnisse dafür verantwortlich. Mit einigen starken Worten berührte er auch die Dualfrage, um sodann noch einmal auf den Fall Bredenbeck einzugehen. Besonders mit dem preußischen Minister des Innern, Herrn v. Hammerstein, rechnete er ab; als er das Verhalten dieses Herren beprahlte, erhielt er einen Ordnungskurs. Stadtgarten brachte im weiteren Berlauf seiner Rede das bekannte Kölner Urteil zur Sprache, das er in Gegensatz zu einer Friedauer Verhandlung stellte, wo junge Raubbolden nicht zu einer Gefängnisstrafe, sondern nur zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren, weil es „Söhne hochachtbarer Leute“ waren. Nachdem Staatssekretär Rieberding und der sächsische Geheimrat Dr. Boerner versucht hatten, die Anklagen unseres Genossen als unberichtiglich zurückzuweisen, wurde die Weiterberatung auf Vertrag vertagt.

Das preußische Abgeordnetenhaus beschäftigte sich am Montag mit einem Gesetzentwurf betreffend Umlegung von Grundstücken in Frankfurter a. M. Das Gesetz will die zwangsläufige Baulandumlegung von zur Bebauung ungeeigneten Grundstücken, wodurch aber geeignete Bauterrain geschaffen werden kann, etwas erschweren. Das Gesetz erhebt als ein Schritt auf dem Wege zur Widerlung der in den großen Städten brennend gewordenen Wohnungssage. Das Gesetz, das vom Verkehrsminister von Thielicke bestimmt wurde, soll, wenn die Bedürfnisfrage nachgewiesen wird, auch auf andere Städte und Gemeinden ausgedehnt werden können. Gegen diese Bestimmung richtete sich die freikirchige Abgeordneten Funk und Oeler aus Frankfurt aus, genommen, die Keitit der übrigen Redner. Der Gesetzentwurf ging an eine Kommission.

Herr v. Körber und das direkte Wahlrecht aus Strasburg i. S. schreibt uns: Das Wahlrecht des Landesausschusses ist amerikanischer Art, das elendste aller deutschen Wahlsysteme. Es sorgt für eine dreifache Durchsetzung der sogenannten Wahlvertretung, indem es nicht nur jede direkte Wahl verneint, sondern auch eine strenge Auswahl unter den Interessenten zu fungieren haben. Dementsprechend ist auch die Zusammensetzung des Landesausschusses eine

solche, die nicht nur eine Vertretung des werkstätigen Bürgertums, sondern auch ganz besonders der Arbeiterschaft vollständig ausschließt. Auf diese Art und Weise kann eine „Volksvertretung“ zustande kommen, mit der die Regierung machen kann, was ihr beliebt, das Ideal eines Parlaments in den Augen jedes realistischen Staatsmannes. Kein Wunder, wenn auch Herr v. Körber die leichten Staatsbedenken in hiesigen Landesausschuss zum Anlaß nahm, um den reichsständischen Wahlklaus und den durch daselbe gewährten Wahlvertretung ein begehrtes Lob zu fingen. Ein Anfang des Abg. Segler, der die Einführung des geheimen und elektronischen Wahlsystems zum Landesausschuss forderte, erwiderte Herr v. Körber: „Was die berühmte Wänderung des Wahlmodus zum Landesausschuss betrifft, so erklärt er, daß von den verschiedenen Parlementen, mit denen er zu verfahren, die Erne habe, keine gute arbeite wie der Landesausschuss. Dies kommt daher, daß der Landesausschuss rein sachlich arbeiten könnte und seine Mitglieder keine Reden zum Fenster hinaus zu halten brauchten, wie in anderen Parlamenten mit allgemeinem Stimmrecht. Das hiesige Wahlrecht ist ungleich besser als das allgemeine Wahlrecht und er verzerrte dem Hause, daß er während seiner Dienstzeit das allgemeine direkte Wahlrecht für den Landesausschuss nicht herbeiführen werde. Hier werde er vorsiegen, in den Außenland zu treten. ... Lassen wir die Wahlen zum Landesausschuss wie sie sind! Für die allgemeinen Wahlen zum Landesausschuss werde er niemals eintreten. Er möge alle dahin stehenden Anträge a limine拒却.“ — Nun wissen die Eltern Sohnen wenigstens, woran sie mit ihrem Körber sind.

Die Generalsammlung des Bundes der Landwirthe tagt z. B. wieder im Circus Busch zu Berlin. Die großen Räume, so schreiben Berliner Blätter, vermöchten die gewaltige Zahl der Teilnehmer kaum zu fassen. Natürlich war es der im Vordergrund der parlamentarischen Politik stehende „Zolltarif“, der die „Rothleibigen“ nach Berlin getrieben hat. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war ja auch „Der Zolltarif und die Regierung“. Der Zolltarif ist ein Kultusverhältnis gegen die unannehmbaren Forderungen haben auf die Agrarier weitere keine Wirkung ausgeübt, als daß sie ilde in der Form des Zolltarif des Deutschen überantwortet haben, sofern es nicht gelingt, den 7,50 Pf. Zoll durchzusetzen. Folgende Resolution wurde unter dem bekannten Befall einstimmig angenommen:

„Die Generalsammlung des Bundes der Landwirthe erläutert: Die Landwirtschaft als solche hat kein Interesse an langfristigen Handelsverträgen, ist aber bereit, an dem Zustandekommen solcher mitzuwirken im Interesse der heimischen Industrie. Sie kann das nur, wenn ihr in dem neuen Zolltarif dasjenige Maß des Schutzes gewährt wird, dessen sie neben einer blühenden Industrie und gegenüber dem billiger produzierenden Auslande bedarf. Die Generalsammlung nimmt den wirtschaftlichen Antrittungen zu, welche in der Eingabe des Bundes der Landwirthe an den Bundesrat und den Reichstag vom 23. November 1901 niedergelegt sind. Die Vorlage der verbündeten Regierungen ist für die deutsche Landwirtschaft nicht annehmbar. Sollte es nicht gelingen, derselben in den Beratungen des Reichstages eine Geltung zu geben, welche den berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft entspricht, so erwartet der Bund der Landwirthe die Ablehnung derselben.“

Von den sonstigen Geschäften mit dem Zweck der „nothleibenden Landwirtschaft“ zu helfen, sei nur der noch erwähnt, daß der Getreihandel mit Getreide nicht nur verboten, sondern das Zuverhandeln gegen das Gesetz mit Geld oder Freiheitsstrafe geahndet werden soll.

Aus dem Reichstagsgesetz Sachsen-Weimar. Unsere Genossen haben im Landtag zwei Anträge eingereicht. Der erste beweist eine Rendierung in der Geschäftsaufstellung für den Landtag — die in Sachsen-Weimar als Landes Gesetz besteht — daß bei der Beantwortung oder Ablehnung eines solchen auch die Regierung gestellt hat. Eine Besprechung wie in den meisten deutschen Landtagen und dem Reichstage stattfinden kann.

Der zweite Antrag verlangt die Aufhebung des Sabbath Mandates vom 11. November 1756. Dasselbe hat in Bezug auf die Sabbath (Sonnabend) viele weitvergehende Verbesserungen wie die Gewerbeordnung, sowie das Gesetz über die Sonntagsruhe, und ist nach gerichtlicher Kenntnis noch rechtsgültig.

In Finanzwirtschaft befindet sich das Großherzogtum Hessen. Das Defizit des Deutschen für das neue Kalenderjahr beträgt 1.680.600 M. Die zweite Kammer will das Gleichgewicht hergestellt wissen durch Einschränkung der Ausgaben, Erhöhung einiger Einnahmepositionen und Zurücksetzen auf die Überzahl des vorherigen Jahres, also stärkerer Druckaufwand des Betriebshandels. Die Regierung will davon nichts wissen, weil dadurch produktive Ausgaben unterbleiben und das Staatsvermögen vergrößert würde. Sie hat daher eine Vermögenssteuer von 20 Pf. je 1000 M. vorgeschlagen zur Herstellung des Gleichgewichtes, welches Vorschlag die erste Kammer zugestimmt hat.

Frankreich.

Einen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe stellte in der Montagsitzung der Deputiertenkammer der Abg. Dumaz. Der Justizminister befürwortete den Antrag und erklärte, die Frage der Abschaffung der Todesstrafe könne nicht so bald erledigt werden, sie sei vielmehr einer besonderen Beratung wert. Der Antrag des Abg. Dumaz wurde jedoch mit 382 gegen 210 Stimmen abgelehnt.

Das Arbeiter-Alter- und Invalidengesetz hat, nachdem sich die Arbeiter- und Unternehmensvereinigungen darüber gekümmert, eine neue Umarbeitung in der Versicherungskommission gefunden. Der Versicherungswang ist jetzt ausgebaut auf diejenigen Arbeitgeber, welche häufig in fremdem Dienst stehen. Ausländische Arbeitgeber sind ebenfalls versicherungsfähig, treten aber erst in den Genuss der Rechte, wenn sie zehn Jahre in Frankreich verweilen, durch die Befreiung soll zur Naturalisation aufgemuntert werden. Der Versicherungsbetrag soll für Arbeitgeber und Unternehmer auf je zwei Prozent des ordentlichen Tagelohns festgesetzt werden.

Der Außenhandel Frankreichs. Bei Ratung des Budgets des Handelsministers berichtete der Handelsminister, daß der Außenhandel Frankreich seit dem Jahre 1898 fländig gewachsen ist. In diesem Jahre betrug er 7 Milliarden 983 Millionen; im Jahre 1899 fiel er auf 8 Milliarden 671 Millionen; 1900: 8 Milliarden 877 Millionen; 1901: 8 Milliarden 880 Millionen.

Italien.

Kommunalisierung öffentlicher Betriebe durch Gesetz. Der bereits erwähnte Entwurf des Ministers Giolitti betreffend die Kommunalisierung öffentlicher Betriebe und Industrien beeinträchtigt den Betriebshandels, der die Kommunalisierung nicht auf die Verstaatlichung von Beleuchtung, Wasserversorgung, Straßenbahnen usw. sondern sie sieht auch die Übernahme von Gewerbebetrieben vor. So gefällt das Gesetz den Kommunen, Stadtbürokratie in einer Regel zu betreiben, jedenfalls ein wirksames Mittel. Überzeugungen der Bürgermeister zu beseitigen. Außerdem können Bade- und Bahnpost, Reinigungsinstitute und auch die Vertheidigung von der Stadtverwaltung in eigener Regie übernommen werden. Um diesen Gemeinden die Übernahmen zu ermöglichen, werden Bonds festgestellt.

Amerika.

Gegen die Anarchisten soll, wie verschiedentlich erwähnt, in den Vereinigten Staaten ein Ausnahmegesetz geschaffen werden. Der Aufschluß des Präsidentenwesens legt einen Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend den Schutz des Präsidenten und die Unterdrückung verbrecherischer Anschläge gegen die Regierung, vor. Der Bericht sagt, der Zweck des Gesetzentwurf sei, den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die bei Amerika beauftragten Botschafter und Gesandten zu schützen und zu verhindern, daß Leute nach Amerika kommen, die sich dabei natürlich lassen und die verdeckte Leute verbreiten oder denselben ergeben sind. Der Entwurf verfolge ferner den Zweck, zu verhindern, daß in Amerika Verhandlungen zur Ermordung von Herrschern anderer zivilisierte Nationen angezeigt werden und will dafür

B. H. Bührmann.

Gelegenheits-Posten!

Nohseder-Knaben- und Mädchen-Schliefel zum Schnüren, Größe 25 bis 26	2,25	DM.
Größe 27 bis 30: 2,90 DM., zum Knöpfen Größe 31 bis 35	3,50	DM.
Bessere Damen-Bugstiefel in Satin-Kalbleder, mit und ohne Knöpfe, Werth 9,00 Mf., für	6,00	DM.
Feinste Damen-Knops- und Schnürschuhe, Satin-Kalbleder, allerbeste Qualität, Boden in Handarbeits-Systeme, Werth 14,50 Mf., für	10,00	DM.
Feinste Damen-Knops- und Schnürschuhe, genarbte Kalbleder, elegante Facons, beste Verarbeitung, Werth 13,50 Mf., für	9,50	DM.
Herren-Bugstiefel mit Knöpfen, prima Kalbleder in Goodyear-Welt, Werth 14,50 Mf., für	10,00	DM.
Herren-Bugstiefel, glatt, prima Kalbleder auf Hand gearbeitet, Werth 12,50 Mf., für	9,00	DM.

Nicht übersehen!

Empfohlen:

Hutzucker pr. Pf. 34 Pf.
Würfzucker pr. Pf. 34 Pf.
Fehnen Zucker Pf. 32 Pf.
Schnittbohnen pr. Pf. 36 Pf.
so feinste Qualität Pf. 40 Pf.
Erbsen, grüne, neu, leichtlich, Pfund 14 Pf.
Erbsen, grüne, Kopuziner, pr. Pfund 14 Pf.
Bohnen, große Bohnen, Pfund 14 Pf.
Schnittbohnen, Magdeburger, Pfund 15 Pf.
Sauerkohl, Magdeburger, drei Pfund 20 Pf.
Gurken, Salz- und Süssig, drei Stück 10 Pf.
Schweineschmalz, bestes, pr. Pfund 60 Pf.
Speisefisch, feinst. Schlauchhaus, Pfund 48 Pf.
Schinken, kleine, 5 bis 7 Pf.
Schinken, Pfund 70 Pf.
Cacao, feinste, entölten, Pfund 1,20, 1,60, 1,80, 2,40 Mf.
Thee, bekannte feinste Mischungen, pr. Pf. 1, 1,60, 1,80, 2,20, 3 Mf.
Kartoffeln, beste Dattische, pr. Kettner 2,25 Pf.

Friedrich Staaten,
Neue Wilh. Straße 64.

Elisen-Bad

Kieler Straße 71.
Größte Kur- und Bade-Anstalt
am Platz.

Es werden verabreicht: Russische und
irische-königliche sowie Kosten-Dampfbäder,
Wannenbäder 1. und 2. Klasse, Stahl-,
Schwefel-, Rosenläufe, sowie alle
medizinischen Bäder. **Wasche**, **Heil-**
gymnastik, Rhythmen und Elektrotherapie.
Jede ärztliche Anordnung wird ge-
wissenhaft ausgeführt.
Gebühre für Arbeiter Sonntags Vor-
mittags von 8 bis 11 Uhr Dampf- und
Wannenbäder zum Abonnementpreis.

Th. Steinweg Fr. Steinweg
Bäderkur. Maf. u. c.
Aeratisch geprüft.

Cigarren
in jeder Preislage empfiehlt
Georg Buddenberg

Buchhandlung und Buchbinderei
Theilenstraße 18, Ecke Mittelstraße.

Ein schönes Schenktelti
mit allem Zubehör unter Preis zu
verkaufen. Auskunft erhältlich
Carl Mehe, Borsig, Schulstr.

Stundenstelle
für den Vor- oder Nachmittag von
einem erfahrenen erfahrenen Mädchern
gewünscht. Nah. Bant, Mittelstr. 26, 1. G.

Höhere Mädchenschule

und Lehrerinnen-Seminar in Bant.

Anmeldungen zur höheren Mädchenschule werden noch für
alle Klassen angenommen. — Anmeldungen zum Seminar bis
1. März erbeten.

Bernh. Gerbrecht.

Restaurant und Konzerthaus

„Zur Einigkeit“.

Bant, Neue Wilhelmsh. Straße 35.



Mittwoch den 12. und Donnerstag
den 13. Februar er:

Großes Bockbier-Fest.

Sauerkraut und Bockwürstchen.

Bockkappen sind im Lokale zu haben.
Es laden zu zahlreichem Besuch freundlich ein

Joh. Budzinsky.

Reiners Möbel-Magazin,

Kieler Straße 76
empfiehlt komplett Zimmer - Einrichtungen sowie Ergänzungsmöbel in billigst gestellten Preisen.

Zur Aufbewahrung

in unserm Saalgewölbe und Verwaltung übernehmen wir

Werthpapiere, Dokumente etc.

Die Verwaltung erstreckt sich u. A. auf die verantwortliche Über-
wachung von Rückschriften, Auslösungen der Werthpapiere, auf recht-
zeitige Abtrennung der Coupons usw.

Eigentlich zur Aufbewahrung übernehmen wir ferner:

— Werthsachen —

verpacht in Koffern, Kästen, Packeten usw.

Unsere Filialen in Brate, Delmenhorst, Jever, Borsig, Wilhelmshaven
vermitteln kosten- und portofrei die Lieferung an und
für Verwaltung und die Auslieferung.

Eigentlich zur Aufbewahrung bestimmte Gegenstände bitten wir
direkt an uns nach Oldenburg zu senden.

Die nächsten Bedingungen werden auf Verlangen gern mitgetheilt.

Oldenburgische Spar- und Leih-Bank.

Sämtliche Mode-Journale

für Damen und Herren
sowie Fachschriften für jede Branche ferner sämtliche
Zeitschriften und Wochblätter liefern pünktlich

Volksbuchhandlung von G. Buddenberg,
Theilenstraße 18, beim Friedrichshof.

Das Möbelmagazin v. H. Krebs

Nienbremen, Ecke Mittel- und Theilenstraße

liegt unter reeller und billiger Preisstellung

die besten u. dauerhaftesten Möbel.

Mein Schuhwaarenlager

sonstige Schuhauschnitt und andere
Schuhmacher-Gedärtsartikel
halten dienst empfohlen.

Joh. Itzen, Kopperhörn.

N.B. Auf Hammischähe gebe 10

Prozent Rabatt.

Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Bant

Mittwoch den 12. Febr.,
Abends 8½ Uhr:

Versammlung

in der „Arche“:

— Tagesordnung: —

1. Abstimmung und Abnahmen.

2. Bertrag.

3. Ratselbericht.

4. Stellungnahme zur Reichstagsklausur.

5. Fragebogen u. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Fr. Feuerwehr Wilhelmshaven.

Freitag den 14. Februar.

Abends präz. 8 Uhr:

General-Versammlung

im Vereinslokal.

— Tagesordnung: —

Beratung der neuen Spangen.

Der Vorstand.

Oldenburg.

Generalversammlung

der Mitglieder des

Oldenburger Konsumvereins

e. G. m. b. H. am

Dienstag, 18. Februar d. J.

Abends 8 Uhr,

in Goode's Etablissement zu

Oldenburg.

— Tagesordnung: —

1. Mitteilung der Rechnung für die

2. Geschäftsjahre 1901.

2. Abschlussfassung über die Gewinn-

verteilung.

3. Genehmigung der Bilanz.

4. Entlastung des Vorstandes.

5. Wahl eines Vorstandsmitgliedes und

Bestätigung des Gehalts für dasselbe.

6. Wahl v. drei Aufsichtsratsmitgliedern.

Nur Mitglieder, die sich durch ihr

Mitgliedsbuch legitimieren, haben Recht.

Der Vorstand.

Hüsten

füllen
die bewährten und feinschmeckenden
Kaisers

Brust-Caramellen

2740 not. beglaubigte

den höchsten Erfolg bei Hüsten,

Heiserkeit, Asthma u. Ver-

schnleimung. Dafür Angebotenes

wie zuvor! Post 15 Pf.

Riederlagen bei Richard Sch-

mann, Filiale in Bant, F. Z.

Daniels in Bant.

12000 Mark

werden per halbjährlich von promptem
Zinszähler gegen absolut sichere
Dynotek angeleihen gefügt. Zinsfuß
nach Vereinbarung.

R. Albers.

Billig zu verkaufen

ein gut erhaltenes, altert. Kinder-
wagen. Meyer Weg 10, 2. G. r.

Hierzu eine Beilage.

Berantwortlicher Redakteur: R. H. Jacob in Bant. Verlag von Paul Hug in Bant. Druck von Paul Hug u. Co. in Bant.

